

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal und Mittwoch  
Einzeln (Ausgabe am Abend vorher).  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und  
die Briefträger, die Zeitungsboten und die  
Geschäftsstellen, Torquastr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-  
störung usw. ersicht jeder Anspruch auf Ver-  
setzung beim Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-  
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-  
halb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im  
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtliche  
15 Goldpfennig, einseitig, unlaufend, Sommerzeit  
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag  
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs  
werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesitz.

Nr. 77.

Mittwoch, den 24. September 1924.

27. Jahrg.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Spiert nach der Witterung des Reichsanzeigers Marx und  
Krausenhäuser Dr. Stresemann findet der Diensttag  
Kabinettsrat in Berlin über die Völkerverbundfrage statt.
- In einer großen Rede sprach sich der bayerische Minister-  
präsident Held gegen den Beitritt Deutschlands zum Völker-  
bund und für die Wahl eines bayerischen Staatspräsidenten  
am 1. Okt.
- Die Reichstagskennzeichnung in Obereschien fand nur ziemlich  
läuflige Beteiligung. An der Mandatsübergabe im Reichstag  
wurde sich nicht gegen das Resultat vom 4. Mai b. Zs.
- Die Verhandlungen über die Freisetzung der Kohlenpreise  
für die Reparationsleistungen bis September mit der fran-  
zösischen Regierung und der Reparationskommission haben in  
Paris begonnen.
- Die deutsche Regierung hat die Freisetzung der 2245 Auf-  
schlagsgebühren bis auf 29 angeordnet.

### Das große „Aber“.

Von besonderer politischer Seite wird uns zu der  
Frage des Eintritts Deutschlands in den  
Völkerbund geschrieben.

Bei den zahlreichen Bemühungen, Deutschland zum  
Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen, Bemühungen,  
die nicht nur von deutschen Parteien und Einzel-  
persönlichkeiten unternommen werden, sondern die auch  
namentlich von seinen gewählten Neutralen ausgehen, ist die  
auffällige die Rede D. A. A. des norwegischen  
Reichstags in Vorkunden, gehalten, die er in den letzten  
Tagen von Genf aus nach Solingen am Bodensee  
unternommen hat. Dort wollte nämlich der Reichs-  
kanzler und mit ihm auch andere deutsche Politiker  
bei einer Versprechung über den Eintritt Deutschlands in  
den Völkerbund gehabt. Angeblich soll für diesen Ein-  
tritt nicht nur eine beschränkte Abtrünnung ver-  
prochen haben, sondern auch einen bestimmten Zeit im  
Völkerbund. Allerdings könne dieser Eintritt aus  
äußeren Gründen nicht mehr durch die gegenwärtig tagende  
Versammlung vollzogen werden, sondern erst auf einer  
besonderen Tagung Ende dieses Jahres. Was dahin werde  
wohl auch ein Aufnahmegericht der türkischen Regierung  
vorliegen und in Amerika auf Grund der Präsidenten-  
wahl eine Klärung in der Haltung auch dieses bis jetzt  
neutralen in Genf zu nicht verweilen. Genes erfolgt sein.

Der Reichskanzler hat Sonntag auf einer  
Zentrumsvorversammlung in Koblenz eine  
Rede gehalten, in der die Völkerverbundfrage gefeiert wurde  
und die Mitteilung erfolgte, daß sich die Regierung in  
ihrem Kabinettsrat am Dienstag über die Frage des Ein-  
tritts in den Völkerbund schlichtig entschieden würde.

Die Rede war nicht ohne gewisse Einbrüche aus  
Genf. Denn gerade jetzt wieder sind die deut-  
schen Interessen in einer Weise behandelt worden, die in  
der Praxis der Völkerverbund geradezu Hohn spricht.  
Das eine ist die Verhinderung der saarländischen  
Wescherden gegen das Verhalten der Saarregierung in  
der Frage der Belastung und die politische  
Schandlung deutscher Arbeiter; das andere der  
Militärnotverordnung, die die schmerzlichen  
Erwartungen übertrat. Daß dieses Kontrollieren über-  
haupt nur gegen die ehemaligen Mittelmächte sich richtet,  
der Grundfall also, zwischen den Siegern und Besiegten  
eine verschiedene Behandlung zu vereinigen, dabei die  
Neutralen fernzuhalten, dafür aber auch Taten wie Polen  
und die Tschechoslowakei bei der Durchsetzung  
Deutschlands heranzuziehen, zeigt nicht gerade von dem  
Bestreben, die Gerechtigkeit herrschen zu lassen, wie es in  
der Einleitung zum Völkerverbund so überaus schön  
beißt. Demgegenüber verschwindet ganz und gar An-  
gebot einer beschränkten Abtrünnung, weil hierdurch  
die Bundesregierung zum Handelsobjekt gemacht wird, also  
eine Maßnahme, deren Rücksichtslosigkeit doch sogar im  
England konstatiert worden ist. Und wer hat Klagen zu  
seiner Erklärung ermächtigt?

Der Völkerverbund wird durch den Artikel 4  
des Völkerverbundes geregelt, wonach mit Zustimmung  
der Mehrheit der Bundesversammlung der (bisherige) Rat  
andere Bundesmitglieder bestimmen kann, die von da ab  
ständig im Rat vertreten sind. Allerdings folgt dann im  
nächsten Artikel die Beschränkung, daß für alle  
Beschlüsse des Rates Einstimmigkeit notwendig sein muß.  
Abgesehen auch der Bundesversammlung, soweit nicht aus-  
drücklich anders bestimmt ist. Das letztere gilt nur für  
den Beitritt neuer Staaten. Hierbei ist nur die Zustim-  
mung von zwei Drittel der Versammlung vorgeschrieben,  
aber — und nun kommt das große „Aber“: die den Ein-  
tritt erbetende Macht muß für ihre aufständische Ab-  
kehr internationalen Verpflichtungen zu beachten, wirksame  
Gewähr leisten (nach dem französischen Text: „effective  
Garantien abgeben“).

Zu diesen internationalen Verpflichtungen gehört vor  
allem der Versailles Vertrag und alles, was drum und dran  
hängt, also auch z. B. die Völkerverbündungsgebühren über  
Artikel 231, wonach Deutschland „anerkannt“, daß wir und  
unsere Verbündeten Urheber des Krieges sind, den wir den  
alliierten und assoziierten Mächten aufzubringen hätten,  
eine Ansicht, die ja bei der beschlossenen Militärkontrolle  
des Völkerverbundes bei den Mittelmächten wieder in deut-  
lichster Form zum Ausdruck kommt. Denn in der Ein-  
leitung des Völkerverbundes heißt es ja zum Überflus  
auch ausdrücklich, daß die Verpflichtungen des internationalen  
Rechts, die für die Alliierten für das deutsche Reich,  
die Verhältnisse der Regierungen anerkannt sind,  
genau beobachtet werden müssen“. Das ist aber u. a. auch  
der Versailles Vertrag. Das ist aber auch natürlich vor  
allem das Völkerverbündungs selbst. Und dort schon finden  
wir in Artikel 22 die berühmte Verteilung der deut-  
schen Kolonien an die „Mandatar“-Mächte festgelegt,  
deren Ausführung aber in der Praxis beinahe gänzlich  
dazu geführt hat, daß diese Kolonien vollständig als  
Eigentum der „Mandatar“-Macht betrachtet werden, teil-  
weise, wie Sibwestafrika und unsere Südpazifik, gerade-  
zu als „integrierender Bestandteil“ des Gebietes der Man-  
datarmacht erklärt wurden.

Das ganze Völkerverbündungs selbst ist eben auf den Geist  
des Versailles Vertrages gegründet und schafft damit selbst  
für Bundesmitglieder zweiteilige Recht. Wie sehr, das be-  
weist deutlich die Rede des ungarischen Grafen Apponyi.  
Eine „Aber“ ist zwar etwas ganz Schönes, bloß haben wir  
Deutsche unsere Interessen so oft „Aber“ geopfert, daß  
sich abzuwenden Beurteilung über das praktische für  
und wider endlich am Platze sein dürfte. Nach den Er-  
fahrungen, die wir als Angehörige gemacht haben,  
und — man denke an die „Neutralisierung“ der Rhein-  
lande — wohl noch machen zu werden, ist ebenso, wie nach  
den Erfahrungen, die das Bundesmitglied Ungarn ge-  
macht hat, die von Dr. Stresemann empfohlene Zu-  
sicherung und die alleinige Prüfung nach der Seite der  
Zweckmäßigkeit, aber nach der nationalen Zweckmäßigkeit,  
doch wohl das einzig Gegebene.

### Der Kabinettsrat.

n. Berlin, 22. September.  
Reichskanzlerminister Dr. Stresemann ist heute  
am Morgen zurückgekehrt, Reichsminister Marx wird  
beim Abendessen erwartet. Dem morgigen Kabinettsrat  
wird mit größter Spannung entgegengesehen. Dr. Strese-  
mann soll heute abend noch eine Unterredung mit dem  
englischen Botschafter Lord Balfour haben  
über den Inhalt eines aus London heute hier ein-  
getroffenen amtlichen Schriftstückes, das Antwort auf  
Anfragen der deutschen Regierung über Einzelheiten in bezug  
auf den Völkerverbund enthält. Ob und in welchem  
Sinne die Entscheidung des Kabinettsrates wegen des Ein-  
tritts Deutschlands schon jetzt fallen wird, läßt sich heute  
noch nicht sagen. Man spricht auch von einer Befragung  
des Reichstages.

### Reichstagswahl in Obereschien.

Geringe Beteiligung.  
Am Sonntag fanden in Obereschien die Reichstags-  
wahlen statt. Es mußten vorgenommen werden auf  
Grund eines Protestes der Wirtschaftspartei, deren Liste  
von den Wählern am 4. Mai b. Z. ausgeschlossen wor-  
den war.

Die Beteiligung an der diesmaligen Wahl war ziem-  
lich gering. Am Wahltag wählten 76 % der Wahlberechtigten,  
bismal nur 57 %. Außer dem Zentrum sehen fast alle  
Parteien auf einen erheblichen Rückgang ihrer Stimm-  
zahl zurück. Besonders stark Verluste hatten die Kom-  
munisten, die im Mai 130.906, jetzt nur 75.917 Stim-  
men erhielten. Das Zentrum vereinte 191.695 Stimmen  
auf sich gegen 198.689 im Mai. Die übrigen Stimmen  
verteilten sich wie folgt: Deutschnationale 31.001 (30.744  
im Mai), Sozialistische Partei 35.839 (49.289), Sozialdemo-  
kratische 19.229 (26.900), Böhmisches Freiheitspartei 11.836  
(18.883), Deutsche Volkspartei 11.683 (18.216), Wirtschafts-  
partei 8908 (-), Demokraten 7811 (11.138), Deutschsozial-  
istische Partei 7160 (11.408), Siebler 3139 (-), Hauptbund  
307 (-).

An der Zusammenfassung des Reichstages ändert sich  
durch die Wahl nichts. Es entfallen auf Obereschien an  
Mandaten: drei Zentrum, ein Deutschnatio-  
naler, ein Kommunistischer. Die Kommunisten errangen  
im Mai zwei Mandate. Für das verlorene erhalten sie  
jetzt eins auf der Reichsliste. Ebenso verliert der deut-

schische Oberamtmann Schlegel das in Dresden mit  
den Reichslisten Obereschien erlangte Mandat, erhält  
es aber auf der Reichsliste zurück.

### Die Zukunft unserer Eisenbahnen. Eine Rede Minister Deeters.

Berlin, 22. September.  
Nachdem gestern die Eisenbahntechnische Ausstellung  
in Coblenz eröffnet worden war, begann heute die Eisen-  
bahntechnische Tagung im Saale der Groß-Ober und  
zahlreicher Beteiligung von Eisenbahntechnikern des In-  
und Auslandes, von dem Vorsitzenden des Vereins  
Leitender Ingenieure Professor Dr. Klingenberg eröffnet.  
Obwohl zu Beginn der Tagung nahm das Wort Reichsver-  
kehrsminister Dr. Deeter.

Deeter führte aus, in diesen Tagen, wo innerlich  
der Reichsbohnenorganisation eine Umgestaltung vor sich  
geht, erbehe sich die Frage, welches Schicksal dem Reichs-  
verkehrsministerium beschieden sein wird. Es wird ein  
eigenes technisches Ministerium bleiben. Technisch und Wirt-  
schaftlich gehören zusammen. Die Technik, die die Über-  
windung der politischen Grenzen ist — Eisenbahn, Luft-  
verkehr und Radio betreffen das technisch genug —, hat  
eine erhöhte Bedeutung. Die Ausstellung beweise,  
daß die Eisenbahntechnik wie die Reichsbahn niemals  
getrennt haben. Man hat im Ausland die Frage auf-  
geworfen, ob die deutsche Eisenbahn in technischem Fort-  
schritt nicht allzu viel geleistet habe. Der Minister ist nicht  
der Meinung. Die deutsche Eisenbahn könnte die un-  
geheuren Lasten, die sie nun erfüllen soll, unendlich tragen,  
müde sie technisch vernachlässigt. Freilich, die Reichsbahn  
wird jetzt stärker rechnen als bisher, wo sie un-  
mittelbares Reichsministerium war. Die Reparations-  
forderungen sind ein hartes System, an dem nichts ge-  
ändert werden kann und an dem wir auch nichts ändern  
wollen. In diesem finanziellen Rahmen muß der tech-  
nische Fortschritt durchgeführt werden.

### Dr. Held über Bayerns Politik.

Dawes-Gesetze / Hitlerputsch / Völkerverbund  
Kriegsbeschuldigung / Bürgerblock / Rubenstoff  
Staatspräsident für Bayern.  
München, 22. September.  
In Zuntzenhausen sagte der Bayerische Patriotische  
Bauernverein mit den Ministern Stängel und Oswald  
vor dem Ministerpräsidenten Dr. Held. Er nahm  
das Wort zu einer längeren Rede, in der er ausführlich, stark  
schmerzlicher Bedenken sei die bayerische Staatsregierung für die  
Dawes-Gesetze eingetreten. Die Annahme der Gesetze  
ist notwendig gewesen, wenn nicht das deutsche Volk in kürze-  
ster Frist einer schrecklichen Wirtschaftskatastrophe und ebenso großen  
politischen Katastrophe entgegengehe. Einen Wende-  
punkt in der Geschichte Deutschlands bedeutet die Annahme des  
Dawes-Gesetzes. Zur Vermeidung der Wirtschaftskata-  
strophe, und weil wir die Seiden unserer Volksgenossen in der  
Baltik und am Rhein nicht länger mit ansehen konnten,  
müßte das ganze deutsche Volk an den Reparationen teilnehmen  
und nicht nur die besetzten Gebiete, das sich auch die  
bayerische Staatsregierung auf den Standpunkt der Annahme  
der Gesetze stellen müßte, um des Vaterlandes willen. Wenn  
man im vorigen Jahr dem Hitlerputz freie Hand ge-  
lassen hätte, dann hätte es kein Dawes-Gesetz gegeben, weil  
es nicht notwendig gewesen wäre, denn dann wäre das  
deutsche Vaterland der Vernichtung preisgegeben gewesen. Die  
Politik der Furcht, wie wir sie in Bayern erlebt haben, habe  
die guten Ansätze und die gute Entwicklung vom Jahre 1920  
entgegengefallen und die Bayern im Reich zu  
Gegenstand der Verachtung gemacht. Zur Frage des  
Völkerverbundes erklärte der Ministerpräsident, der Idee noch sei  
der Völkerverbund immer noch uns anerkannt worden, aber über  
den Völkerverbund ist die bayerische Staatsregierung im  
wichtigen Augenblick nicht der Meinung, den Eintritt in den  
Völkerverbund ab. Es geht nicht an, daß etwa der Reichs-  
präsident oder das Reichskabinet über diese das ganze deutsche  
Volk in allen seinen Interessen so tief berückende Frage allein  
zu entscheiden hätten, sondern hier rekursieren sich ausdrücklich  
das Recht, daß auch der einzelne Staat und die einzelnen Ver-  
einigungen bei der Entscheidung mitreden. Dr. Held sagte, er  
wäre auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen jetzt auch  
dem Ausland die Stellung Deutschlands zur Kriegsbeschuldigung  
notifiziert wird. Zur Frage des Bürgerblocks erklärte  
der Ministerpräsident Held: Wir sind in der bayerischen Re-  
gierung der Überzeugung, daß die deutsche Politik nur eine  
rechtsgerichtete bayerische Politik sein kann.  
Der Bürgerblock im Reichstag darf nicht bestehen, aber  
daran zweifelt Dr. Held sich die längere Weile nicht gegen  
General Rubenstoff und gegen die verbotenen Verbände. Wir





Der Kaufmann Otto Bernhardt in Dresden, Ammonstr. 34 II, ist durch Urteil des Amtsgerichts Pretin vom 13. Juni 1924 wegen öffentlicher Beleidigung des Fabrikdirektors Jakob Schäfer in Annaburg mit 200 G.-M. oder 20 Tagen Gefängnis bestraft.

**Bekanntmachung.**

Die mit der Zahlung der staatlichen Grundvermögens-, Hauszins- und Gemeindesteuern (Grundvermögens- und Gewerbesteuerzuschlag) für September 1924 im Rücklande befindlichen Steuerpflichtigen werden aufgefordert, diese innerhalb drei Tagen an unsere Gemeindekasse zu zahlen, widrigenfalls ohne weiteren Aufenhalt zur Zwangsversteigerung der sonst zulässigen Zwangsmittel gezwungen wird. Eine Vermeidung von Mahngeldern erfolgt nicht. Annaburg, den 20. September 1924. Der Gemeinde-Vorstand.

**Bekanntmachung.**

Alle Besitzer der Hutungs-, Holz- und Streuabfindung (rechts des Neugrabens) werden hierdurch aufgefordert, in diesem Jahre die Grabräumung wegen geringen Bestandes der Kasse nochmals selbst vorzunehmen. Gleichzeitig werden die Preislanten aufgefordert, die Nacht der Interessentengrundstücke umgehend abzuführen.

Riethdorf.

Gesucht zum 1. Oktober ein kräftiges Mädchen 17-18 Jahre, mit guten Zeugnissen. Zu melden bei Frau Rektor Jank, Pretin-Stegh, Schloßstr. 27

**Leute**

zum Kartoffelroden nimmt an Schaper, Holzdorf.

**Zimmer-Gebrüder**

werden noch eingestellt. Baugeschäft G. Holtze, Zimmermeister, Annaburg, Torgauerstr. 45

**Stalldünger**

kauft zu hohen Preisen febrigt Böttcher, Baumstraße 11, Standorf, Telefon 51.

**Pa. frische Dachpappe, Klebemasse - Zier - Viberhschwänze Dachpflit - Dachpappstifte** empfiehlt Maurermeister Fr. Krösch. Fernsprecher 60.

**Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,** als: eis. Eggen, Schwung- und Karren-Pflüge, einzelne Räder, Kultivatoren, Reinigungs-Maschinen, Grasmähmaschinen, Dreschmaschinen, Sämaschinen, Motore, Transmissionen. Ersatzteile und Reparaturen aller Fabrikate. **Wilhelm Grahl.**

**Brennabor-Schlappwagen** von 20.- M. an, **Brennabor-Kinderwagen** von 40.- M. an, verkaufe, um meinen Bestand zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen. **Fritz Ködler, Annaburg.**

**Zahn-Atelier Georg Consentius** prakt. geprüfter Dentist Annaburg, Torgauerstr. 31 Telefon Nr. 23 empfiehlt sich zur Behandlung aller Zahnkrankheiten. Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes. Behandlung für Arantekassen. Sprechstunden täglich 9-5 Uhr.

**Polizeiliche An- und Abmeldebescheinigung** sind vorrägig in der Buchdruckerei H. Steinbeiß.



Immer frisch. Überall erhältlich. Preis pro 1/2 Pfund 50 Sch.

Man verlange beim Einkauf von „Rahma buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

**Zur Herbst-Saison!**

- Damen-Winter-Mäntel von . . . Mk. 1200 an in Druck, Eskimo, Tuch, Flausch, Astrachan, Krimmer
- Kinder-Winter-Mäntel von . . . Mk. 600 an in allen Größen verschiedener Qualitäten
- StrickJaketts und Sportwesten für Damen und Kinder in allen Farben und Größen
- Damen-Kleider von . . . Mk. 600 an
- Kinder-Kleidchen von . . . Mk. 300 an
- Damen-Blusen von . . . Mk. 175 an in Barchent, Cattun, Voile, Batist und Wolle
- Damen-Kostüm-Röcke von . . . Mk. 390 an in allen Farben und Qualitäten

**Carl Quehl, Annaburg.**

**Sie müssen**

um Ihr Geschäft auf der Höhe zu halten und weiter aufzubauen, wieder wie es vor dem Kriege nötig war, Reklame treiben!

**Drucksachen**

sind neben der Reklame durch Zeitungsinsertate das geeignetste Mittel, sich in den Abnehmerkreisen dauernder Beachtung zu sichern. Wenn Sie Wert darauf legen, mit guter Arbeit bei mässigen Preisen bedient zu werden, dann sollten Sie alle Geschäfts- und Reklame-Drucksachen bei uns

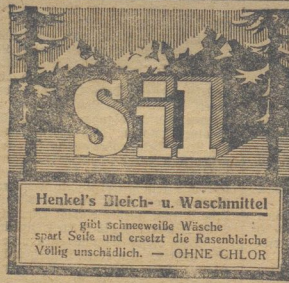
**herstellen lassen!**



Buchdruckerei **Hermann Steinbeiss** Verlag der **Annaburger Zeitung** Torgauer-Strasse 3 Fernsprecher Nr. 24

**Portland-Zement u. Zementkalk (hydraul. Kalk)**

freich eingetroffen **Friedr. Krösch, Maurermeister,** Fernsprecher 60.



**Ansichtskarten** empfiehlt in großer Auswahl **Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

**Maurer- u. Zimmerarbeiten** sämtl. Bautischler-Arbeiten, **größte Leistungsfähigkeit.** Zeichnungen und Kostenanschläge **kostenlos!**

Durch direkten Großverkauf aller Baustoffe, Verarbeitung in eigenen Betrieben und gefläßt auf ein **großes Holz- und Baumaterialienlager** kann ich besondere Vorteile bieten!

**Wilh. Kunze.**

Fernsprecher Nr. 6.

**Landbundfest Torgau 1924**

in Verbindung mit dem **Turnier d. Reit- u. Fahrvereins Torgau** unter Mitwirkung der Deutschen Turnerschaft am **Sonntag, 28. Septbr.,** auf den **Kohwiger Wiesen** (Nähe der Torgauer Schwimmhalle). **Borm. 9 1/2 Uhr Beginn d. turn. Wettkämpfe.** Mittags pünktlich 12 Uhr Beginn des **Landbundesfestes mit Massenfreibüden.** Programme mit allen Einzelheiten, welche zugleich zum Eintritt berechtigen, werden demnächst ausgegeben (Preis 50 Pf.) und sind auf dem Festplan erhältlich. **Musik:** Die gesamte Kapelle des **Reiter-Regiments Nr. 10, Jülichau.** **Kreislandbund Torgau.**

**Palast-Theater.**

**Mittwoch und Donnerstag:** Der größte Film amerikanischer Sensationen. **Die Raubzüge der Totentopfflieger.** 6 Akte unerhörter Sensationen.



**„Der Teufel der Wolken“**

(Näheres siehe Flugblatt.)

**Lotte, Du süße Maus.** Größte ersten Ranges.

**Bau-Eisen**

(T-Träger etc.) liefert prompt und billigt aus Lagerort **franko Annaburg** oder **Dachhofstationen,** auch frei Baustelle und erbittet Anträge bei Angabe des Bedarfs. **Adolf Necke, Wdt. Bauingen.** **Wittenberg, Grünstr. 15. Telefon 848.**

**250. Preussische Jubiläums-Lotterie** Ziehung 1. Klasse **10. und 11. Oktober 24.** Lose 3.00 6.00 12.00 24.00 vorrägig bis zum 3. Oktober. **Hermann Reich.**

**Reichsbund** der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen. **Ortsgruppe Annaburg.** Heute **Dienstag, 23. 9.** abends 8 Uhr **Monatsversammlung** in **Stadt Berlin.** Wegen der Karloffestbesetzung ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. **Der Vorstand.**

**Arbeitsbücher** wieder vorrägig. **Herm. Steinbeiß.**

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal und Mittwoch  
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und  
die Briefträger, die Zeitungsboten und die  
Geschäftsstellen, Torquauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-  
störung usw. ersicht jeder Anspruch auf Ver-  
setzung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-  
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-  
halb Wohnorte 7 Goldpf., für Anzeigen im  
amtlichen Teil 10 Goldpf., im Restamtliche  
15 Goldpf., einzeln, Umhängezettel, Sonntagszettel  
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag und Freitag  
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs  
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbes. 11.

Nr. 77.

Mittwoch, den 24. September 1924.

27. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Spiert nach der Wählerzeit der Reichstagswahl und  
Kabinetsminister Dr. Stresemann findet der Dienstag-  
kabinetsrat in Berlin über die Wählerbündnisfrage hat.
- In einer großen Rede sprach sich der bayerische Minister  
Dr. Held gegen den Beitritt Deutschlands zum Wähler-  
bündnis und für die Wahl eines deutschen Staatspräsidenten  
usw.
- Die Reichstagswahl in Oberösterreich fand nur ziemlich  
geringe Beteiligung. An der Mandatsbestellung im Reichstag  
wurde sich nicht gegen das Resultat vom 4. Mai 2. Jz.
- Die Verhandlungen über die Freigabe der Kohlenpreise  
für die Reparationsleistungen bis September mit der fran-  
zösischen Regierung und der Reparationskommission haben  
in Paris begonnen.
- Die Reichliche Regierung hat die Freigabe der 245 Auf-  
schlagszölle bis auf 29 angeordnet.

## Das große „Aber“.

Von besonderer politischer Seite wird uns zu der  
Frage des Eintritts Deutschlands in den  
Wählerbündnisrat.  
Bei den zahlreichen Bemühungen, Deutschland zum  
Eintritt in den Wählerbündnisrat zu veranlassen, Bemühungen,  
die nicht nur von deutschen Parteien und Einzel-  
persönlichkeiten unternommen werden, sondern die auch  
namentlich von feinen gewisser Neutralen ausgehen, ist die  
unaufrichtige die Heise-Massens, des norwegischen  
Reparations im Wählerbündnis, gefolgt, die er in den letzten  
Tagen von Genf aus nach Belgien am Vortage  
unternommen hat. Dort wollte nämlich der Reichs-  
tagler und mit ihm einige andere deutschen Politikern  
er eine Rede über den Eintritt Deutschlands in  
den Wählerbündnisrat gehalten. Angeblich soll für diesen  
Eintritt nicht nur eine beschleunigte Abklärung  
verprochen haben, sondern auch einen deutschen Sitz im  
Wählerbündnisrat. Wenn gerade jetzt wieder aus  
äußeren Gründen nicht mehr durch die gegenwärtig  
tägliche Versammlung vollzogen werden, sondern erst auf  
einer besonderen Tagung Ende dieses Jahres. Was dahin  
wird wohl auch ein Aufnahmegericht der türkischen Regierung  
vortragen und in Amerika auf Grund der Präsidenten-  
wahl eine Klärung in der Haltung auch dieses bis jetzt  
in Genf in nicht vertretlichen Standes erfolgt ist.

Der Reichstagsrat hat dann am Sonntag auf  
einer Zentrumsversammlung in Badoltszell eine  
Rede gehalten, in der die Wählerbündnisrat gefeiert  
wurde und die Mitteilung erfolgte, daß sich die Regierung  
in ihrem Kabinetsrat am Dienstag über die Frage des Ein-  
tritts in den Wählerbündnisrat schlüssig werden würde.  
Die Erwartung und nicht unter günstigen Umständen  
aus Genf stehen. Denn gerade jetzt wieder auch die deut-  
schen Interessen in einer Weise behandelt worden, die in  
der Praxis der Wählerbündnisrat geradezu hohn spricht.  
Das eine ist die Verschleppung der saarländischen  
Wahlfrage gegen das Verhalten der Saarregierung  
in der Frage der Befragung und die politische  
Behandlung des deutschen Saars; das andere der  
Militärtraktatvorschlag, der die schärfsten  
Erwartungen übertraf. Daß dieses Konflikt ohne  
Überhaupt nur gegen die ehemaligen Mittelmächte sich richtet,  
der Grund also, zwischen den Siegern und Besiegten  
eine verschiedene Behandlung zu bereinigen, dabei die  
Neutralen fernzuhalten, dafür aber auch Staaten wie Polen  
und die Tschechoslowakei bei der Durchschneidung  
Deutschlands heranzuziehen, zeigt nicht gerade von dem  
Bestreben, die Gerechtigkeit herbeizuführen zu lassen, wie es in  
der Einleitung zum Wählerbündnisrat so überaus schon  
heißt. Demgegenüber verschwindet ganz und gar das An-  
gebot einer beschleunigten Abklärung, weil hierdurch  
die Wählerbündnisrat zum Handelsobjekt gemacht wird, also  
eine Maßnahme, deren Handelsobjekt doch sogar von  
England konfirmiert ist. Und wer hat keinen zu  
seiner Erklärung ermächtigt?

Der Vorschlag im Wählerbündnisrat wird durch den Artikel 4  
des Wählerbündnisrats geregelt, wonach mit Zustimmung  
der Mehrheit der Bundesversammlung der (bisherige) Rat  
andere Bundesmitglieder bestimmen kann, die von da ab  
ständig im Rat vertreten sind. Allerdings folgt dann im  
nächsten Artikel die gesetzliche Bestimmung, daß für alle  
Bündnismitglieder des Rates Einstimmigkeit notwendig sein muß.  
Abermals aus dem Bundesversammlung, soweit nicht aus-  
drücklich anders bestimmt ist. Das letztere gilt nur für  
den Beitritt neuer Staaten. Hierbei ist nur die Zustim-  
mung von zwei Drittel der Versammlung vorgeschrieben,  
aber — und nun kommt das große „Aber“ — die der Ein-  
tritt erwerbende Mitgliedschaft für ihre aufrechte Mitgliedschaft  
internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame  
Gewähr leisten (nach dem französischen Text: „effektive  
Garantien geben“).

Zu diesen internationalen Verpflichtungen gehört vor  
allem der Versailles Vertrag und alles, was drum und dran  
hängt, also auch z. B. die Wählerbündnisverträge über  
Dobruża und die Wählerbündnisverträge über  
Artikel 231, wonach Deutschland „genau“ die tatsäch-  
liche Verhältnisse der Regierungen anerkannt sind,  
genau beobachtet werden müssen“. Das ist aber u. a. auch  
der Versailles Vertrag. Das ist aber auch natürlich vor  
allem das Wählerbündnis selbst. Und dort schon finden  
wir in Artikel 22 die verbindliche Bestimmung der deut-  
schen Kolonien an die Wählerbündnisverträge festgelegt,  
deren Ausführung aber in der Praxis bekanntlich ein-  
gesehen dazu geführt hat, daß diese Kolonien vollständig als  
Eigentum der „Mandat“macht betrachtet werden, teil-  
weise, wie Südwestafrika und unsere Südpazifik, gerade-  
zu als „integrierender Bestandteil“ des Gebietes der Man-  
datarmacht erklärt wurden.

Das ganze Wählerbündnisverträge ist eben auf den Geist  
des Versailles Vertrages gerichtet und schafft damit selbst  
für Bundesmitglieder zweierlei Recht. Wie sehr, das  
wird deutlich die Rede des marquisen Grafen Ypohi  
Eine „Aber“ ist zwar etwas ganz Schönes, bloß haben wir  
Deutsche unsere Interessen so oft „Aber“ geopfert, daß  
sich abwägende Beurteilung über das praktische Ge-  
und Wider endlich am Plage sein dürfte. Nach den Er-  
gebnissen, die wir als Angehörige gemacht haben,  
und — man denke an die „Reparationsfrage“ der Rhein-  
lande — wohl noch machen werden, ist eben, wie nach  
den Erfahrungen, die das Bundesmitglied Ungarn ge-  
macht hat, die von Dr. Stresemann empfohlene Zu-  
rückhaltung und die alleinige Prüfung nach der Seite der  
Zweckmäßigkeit, aber nach der nationalen Zweckmäßigkeit,  
doch wohl das einzig Gebotene.

## Der Kabinetsrat.

n. Berlin, 22. September.  
Kabinetsminister Dr. Stresemann  
hat heute in der Kabinetsrat, Reichstagsrat  
von Angelegenheiten erwartet. Dem morgigen  
wird mit größter Spannung entgegenzusehen.  
man hat heute abend noch eine Unterredung  
zwischen dem Reichstagsrat Lord  
haben über den Inhalt eines aus London her-  
gekommenen amtlichen Schriftstückes, das Antwo-  
orten der deutschen Regierung über Einzelheiten  
auf den Wählerbündnisrat enthält. Ob und  
Sinn die Entscheidung des Kabinetsrats wege-  
teils Deutschlands schon jetzt fallen wird, läßt  
noch nicht sagen. Man spricht auch von einer  
des Reichstages.

## Reichstagswahl in Oberösterreich.

Geringe Beteiligung.  
Am Sonntag fanden in Oberösterreich die  
Wahl nach dem Wahlgesetz. Sie mußten vorgenommen  
Grund eines Protestes der Reichstagspartei,  
von den Wahlen am 4. Mai 2. J. ausgeschlo-  
den war.  
Die Beteiligung an der diesmaligen Wahl  
schon gering. Am Mai wählten 76 % der Wähler  
bündnisrat um 57 %. Wähler dem Zentrum (siehe  
Reparationsrat) auf einen erheblichen Rückgang übertrat  
nicht zurück. Besonders starke Verluste hatten die  
Mannliche, die im Mai 1920, jetzt nur 75  
nen erhielten. Das Zentrum vereinigte 191 695  
auf sich gegen 198 689 im Mai. Die übrigen Stimmen  
verteilten sich wie folgt: Deutschnationale 31 001 (40 744  
im Mai), Polnische Partei 35 839 (49 259), Sozialdemo-  
kraten 19 229 (26 300), Böhmisches Volkspartei 11 836  
(18 883), Deutsche Volkspartei 11 683 (18 216), Wirtschaftspartei  
8908 (—), Demokraten 7811 (11 138), Deutschsozial-  
partei 7160 (11 408), Siebler 3139 (—), Häuserbund  
507 (—).

An der Zusammenkunft des Reichstages ändert sich  
durch die Wahl nicht. Es entfallen auf Oberösterreich  
Mandaten: drei Zentrum, ein Deutschnatio-  
naler, ein Sozialdemokratischer. Die Kommunisten erlangen  
im Mai zwei Mandate. Für das verlorene erhalten sie  
jetzt eins auf der Reichstagsliste. Ebenso verliert der deut-

sche Oberamtmann Schleppke das in Breslau mit  
den Reichstagsmitgliedern erlangte Mandat, erhält  
es aber auf der Reichstagsliste zurück.

## Die Zukunft unserer Eisenbahnen.

Eine Rede Minister Defers.  
Berlin, 22. September.  
Nachdem gestern die Eisenbahntechnische Ausstellung  
in Seddin eröffnet worden war, begann heute die Eisen-  
bahntechnische Tagung im Saale der Groß-Ober unter  
zahlreicher Beteiligung von Eisenbahntechnikern des In-  
und Auslandes, von dem Vorsitzenden des Vereins  
deutscher Ingenieure Professor Dr. Klingenberg eröffnet.  
Dieser zu Beginn der Tagung nahm das Wort Reichs-  
kabinetsminister Dr. Defers.

Defers führte aus, in diesen Tagen, wo innerhals  
ber Reichsbahnorganisation eine Umgestaltung vor sich  
geht, erhebe sich die Frage, welches Schicksal dem Reichs-  
bahnbetriebsministerium beschieden sein wird. Es wird ein  
technisches Ministerium bleiben. Technik und Wirt-  
schaft gehören zusammen. Die Technik, die die Über-  
winden der politischen Grenzen ist — Eisenbahn, Luft-  
verkehr und Radio beweisen das deutlich genug —, hat  
keine erhöhte Bedeutung. Die Ausstellung beweise,  
daß die Eisenbahnen wie die Reichsbahn niemals  
zerfallen haben. Man hat im Ausland die Frage auf-  
geworfen, ob die deutsche Eisenbahn in technischem Fort-  
schritt nicht allzu viel geleistet habe. Der Minister ist nicht  
der Meinung. Die deutsche Reichsbahn könnte die un-  
geheuren Lasten, die sie nun erfüllen soll, unendlich tragen,  
wäre sie technisch vernachlässigt. Freilich, die Reichsbahn  
kann jetzt schwerer rechnen als bisher, wo sie un-  
mittelbares Reichsbahnunternehmen war. Die Reparations-  
forderungen sind ein hartes Schicksal, an dem nichts ge-  
ändert werden kann und an dem wir auch nichts ändern  
wollen. In diesem finanziellen Rahmen muß der tech-  
nische Fortschritt durchgeführt werden.

## Dr. Held über Bayerns Politik.

Dawes-Gesetze / Hitlerputsch / Wählerbündnis  
Reichstagswahlfrage / Bürgerblock / Rubenloff  
beantwortet Bayern.

München, 22. September.  
Infolge der Bayerische Patriotische  
nischen Stängel und Oswald  
Dr. Held erläuterte, er nahm  
Ruhe, in der er ausführte, daß  
berühmte Staatsregierung für die  
treten. Die Annahme der Gesetze  
nicht das deutsche Volk in kurze  
Wirtschafts- und ebenso großen  
gehören sollte. Einen Wende-  
schicksals bedeutet die Annahme des  
Bemerkung der Wirtschaftsför-  
den unter Volksgenossen in der  
nicht länger mit ansehen konnten,  
den Reparationen teilnehmen  
egen Gebiete, daß sich auch die  
auf den Standpunkt der Annahme  
des Vaterlandes willen. Wenn  
Hitlerputsch freie Land ge-  
gen Dawes-Gesetze geben, weil  
fene wäre, denn dann wäre das  
sine preisgegeben gewesen. Die  
die in Bayern erst haben, habe  
te Entscheidung vom Jahre 1920  
Bayern im Reich zu  
lung gemacht. Zur Frage des  
niederpräsidenten, der Idee nach sel-  
bes anzunehmen, werden, aber Idee  
zuweilen Dinge. Am an-  
der Redner den Eintritt in den  
Wählerbündnisrat ab. Es geht nicht an, daß etwa der Reichs-  
präsident oder das Reichskabinetsrat über diese das ganze deutsche  
Volk in allen seinen Interessen so tief berührende Frage allein  
zu entscheiden hätten, sondern hier reflektieren ich ausdrücklich  
das Recht, daß auch der einzelne Staat und die einzelnen Na-  
tionen bei der Entscheidung mitreden, daß unter allen Umständen  
auch dem Ausland die Stellung Deutschlands zur Kriegs-  
schuldfrage nichtzurihr wird. Zur Frage des Bürgerblocks erklärte  
der Ministerpräsident Held: Wir sind in der bayerischen Re-  
gierung der Überzeugung, daß die deutsche Politik nur eine  
rechtsgerichtete bayerische Politik sein kann.  
Der Bürgerblock im Reichstag darf nicht beschwert werden.  
Dann konnte Dr. Held sich in längerer Rede gegen  
General Rubenloff und gegen die verbotenen Verbände, die

